

JOHANNES PAUL

GIBT ES BEREITS EINE PIRATIGE GESUNDHEITSPOLITIK?





Vom 27.03.2012

ÄRZTE § ZEITUNG.DE

...“Gesundheitspolitik findet bei den Piraten praktisch nicht statt, sozialpolitische Ziele bleiben vage.

Im Landtagswahlkampf im Saarland haben die Piraten der Gesundheitspolitik zwei Seiten ihres Programms gewidmet. Sie fordern unter anderem:

- Die Abschaffung der Praxisgebühr,
- Die Ablehnung der elektronischen Gesundheitskarte.
- Ein "spezielles Ausbildungsprogramm für Notfallmediziner".

In der Sozialpolitik ähneln manche der von den Piraten vertretenen Positionen denen von Grünen und Linkspartei. So wird als Ziel ein bedingungsloses "Einkommen zur Existenzsicherung für jeden" deklariert. Außerdem votieren die Piraten für ein gebührenfreies Studium.

Breiten Raum nimmt die Drogen- und Suchtpolitik im Programm ein.“...

http://www.aerztezeitung.de/politik_gesellschaft/?sid=809168



JOHANNES PAUL

GIBT ES BEREITS EINE PIRATIGE GESUNDHEITSPOLITIK?



Grundsatzprogramm (Bund):

„Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft in
Kammern und Verbänden

(ausgenommen Rechtsanwalts-, Notar- und Ärztekammern)“



Drogenpolitik

„Die derzeitige nicht faktenbasierte Bevormundung Erwachsener beim verantwortungsvollen Umgang mit Rausch- und Genussmitteln widerspricht der Grundüberzeugung der PIRATEN und unserem Verständnis einer mündigen Gesellschaft.“

Die bisherige Kriminalisierung der Konsumenten muss beendet und der damit verbundene Schwarzhandel durch kontrollierte Erwerbsstrukturen ersetzt werden.“

Der Konsum und der Erwerb von Genussmitteln muss legalisiert werden. Andernfalls ist der Staat nicht in der Lage, regulierend einzutreten. Durch die Prohibition stiehlt sich der Staat fahrlässig aus der Verantwortung und überlässt seine Bürger einem unkontrollierbaren Schwarzmarkt ohne Jugend- und Verbraucherschutz. Legalisierte Genussmittel könnten endlich einer staatlichen Qualitätskontrolle unterliegen. Beim Erwerb von Genussmitteln soll künftig ein Beipackzettel zur Verfügung stehen, der über Art und Dosis als auch über Hilfsangebote informiert.“



Forschung und Medizin

„Die PIRATEN befürworten die Erforschung derzeit illegaler Stoffe zu therapeutischen Zwecken.“

Eine weitere Blockade wissenschaftlicher Arbeit lediglich aufgrund dogmatischer Argumente ist nicht länger hinnehmbar. Patienten sollen in der freien Wahl der Behandlung nicht eingeschränkt werden.

Welche Substanzen zur Behandlung verwendet werden können, soll alleine Sache des geschulten, behandelnden Arztes und des aufgeklärten Patienten sein.“

Freie Therapiewahl! (Anm.d.V.)



Schutz von Nichtkonsumenten

„Ebenso dürfen drogenpolitische Scheuklappen die medizinische Versorgung von Schmerzpatienten nicht beeinträchtigen.“

RITALIN (Amphetamin) - bedenkliche Verschreibungspraxis in der Leistungsgesellschaft (laut WHO das am stärksten abhängig machende Medikament). (Anm. d. V.)



Sonstiges

Nein zu bürokratischen Nichtraucherschutzgesetzen. (Wettbewerbsnachteile für Kleingastronomen)

„Aufgeklärte Patienten können nur auf der Basis von Informationen ihre Entscheidung für oder gegen eine Klinik treffen“, sagte der gesundheitspolitische Sprecher der Piraten, Simon Kowalewski dem Tagesspiegel. (Berlin)

Saarland (laut Ärzteblatt):

- die Abschaffung der Praxisgebühr,
- die Ablehnung der elektronischen Gesundheitskarte. Diese habe sich "weit von ihrer ursprünglichen Zielsetzung entfernt, da Patientendaten in zentralen Datenbanken gespeichert werden sollen",
- ein "spezielles Ausbildungsprogramm für Notfallmediziner". Begründet wird dies damit, angesichts des wachsenden Mangels an Allgemeinärzten würden immer mehr Patienten "die Notaufnahmen von Krankenhäusern stürmen". Die dort arbeitenden Ärzte aber seien, glauben die Piraten, notfallmedizinisch zu wenig geschult.



Vorschlag aus der AG Gesundheitspolitik

Vom 21.10.11

Solidarische Bürgerversicherung

„Die Piratenpartei setzt sich für schlanke Verwaltungen sowie kostengünstige und leistungsstarke Strukturen ein. Deshalb verpflichten wir uns dem langfristigen Ziel die allgemeinen gesetzlichen Krankenkassen sowie die Pflegepflichtversicherung abzuschaffen. Der Staat soll über das Steuersystem allen Bürgern eine angemessene gesundheitliche Grundversorgung garantieren und die Kosten gerecht und solidarisch auf alle Bürger des Landes verteilen.“

[Https://lqfb.piratenpartei.de/pp/initiative/show/1888.html](https://lqfb.piratenpartei.de/pp/initiative/show/1888.html)



JOHANNES PAUL

GIBT ES BEREITS EINE PIRATIGE GESUNDHEITSPOLITIK?

Wo drückt heute der Schuh im Gesundheitssystem?



2-Klassenmedizin

sozialistisches Prinzip in der GKV (bis zur Beitragsbemessungsgrenze ca. 4600€ monatl. Bruttoeinkommen) müssen alle (90%) die weder Selbstständige noch Beamte, noch Mandatsträger sind in die GKV einzahlen.

Ca. 15% des Einkommens (Arbeitgeber+Arbeitnehmeranteil) werden „Zwangsumgetauscht“.

Diese leistet immer weniger, produziert exorbitante Verwaltungskosten und grenzt seit Andrea Fischers (Grüne Gesundheitsministerin 1998-2002) Reform Naturheilkunde fast komplett aus!

Wozu über 150 verschiedene GKV's die sich von ihrem Leistungsspektrum nur marginal unterscheiden?

Wo drückt heute der Schuh im Gesundheitssystem?



Keine Nachhaltigkeit Bsp. GKV/GOZ

Nur Amalgam kein Gold oder Porzelan. Brücke statt Implantat.

*Es wünschen aber über 70% der Bürger Schulmedizin **und** Naturheilkunde.*

(Schweiz 2009: Volksentscheid führt zu teilweisen Wiederaufnahme der Alternativmedizin in den Leistungskatalog der GKV

Wo drückt heute der Schuh im Gesundheitssystem?



Die übriggebliebenen 10% Privatpatienten werden den meist profitorientierten, überwiegend als AG Arbeitenden Versicherungen überlassen. Junge werden gelockt Ältere umso mehr abgezockt. Patientenschutz ist zu wenig vorhanden.

Bis 2009 gab es für die genannten 10% keine KV-Pflicht. ca. 250000 Deutsche hatten keine KV da sie durch nicht Bezahlen von Beiträgen aus der privaten KV rausflogen oder sich die stark gestiegenen Beiträge nicht mehr leisten konnten.

Positives Element KSK

Apparatedizin wird durch die Geldsystem immanenten Mechanismen unnötig verteuert.
Amortisationszeit + Zinseszinseffekt.



Mögliche Maßnahmen bzgl. KV-Reorganisation

- 1) Abschaffung der GKV und aller profitorientierten PKVs. Gesundheitskassen müssen sich nach dem genossenschaftlichen Prinzip rekonstituieren und dürfen keine AGs mehr sein..
- 2) Das BGE wird so bemessen dass sich jeder selbst versichern kann(Variante A)/oder sogar muss(Variante B).
- 3) Zuschüsse vom Staat für chronisch Kranke.
- 4) *Jede KV-Genossenschaft kann anbieten was sie möchte. (viel/wenig Naturheilkunde, viel/wenig Schulmedizin -usw. (Angebotswettbewerb durch **freie Therapie und freie Therapeutenwahl.**)*
- 5) Eigenverantwortung und Prävention durch 2 Töpfe-Modell.
- 6) Volle Transparenz über die Erbrachten Leistungen beim Zahler (siehe Schweiz).

Noch ein kleiner Medienspiegel...



Vom 29.03.2012

ÄRZTE § ZEITUNG.DE

Die Private Krankenversicherung (PKV) schafft sich selbst ab. Diese provokante Schlussfolgerung zieht der Chef der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) Gerd Billen aus einer Analyse von Versichertenbeschwerden.

Die Beschwerden seien "Ausdruck eines sich selbst überholenden Systems", so Billen.

Laut vzbv klagten privat Krankenversicherte zum Jahreswechsel über die drastischsten Beitragserhöhungen seit mehr als 15 Jahren.

Bei 23,9 Prozent lagen sie laut vzbv im Schnitt der analysierten 144 Beschwerden.

Betroffen seien meist Bestandskunden über 45 Jahre, am häufigsten bei der Central, gefolgt von Gothaer und Marktführer DKV, so der Verband.

Er kritisiert auch, dass das Recht der Versicherten, in einen günstigeren Tarif zu wechseln, vielfach unterlaufen werde.

http://www.aerztezeitung.de/politik_gesellschaft/krankenkassen/?sid=809350

Anregungen...



Keine MWST auf BIO-Produkte (Subvention?)

Tageslichtröhren statt Neonlicht in Klassenräumen (Nein zur Glühlampenverordnung)

Finanzielle Förderung des Breitensports.

Mehr Sportunterricht an Schulen.

Gesundheit und Ernährung als Schulfach. Kritischer Umgang mit Psychopharmaka+Ritalin o.Ä.
(Entpsychiatrisierungsbewegung)

LOHAS-Konzepte

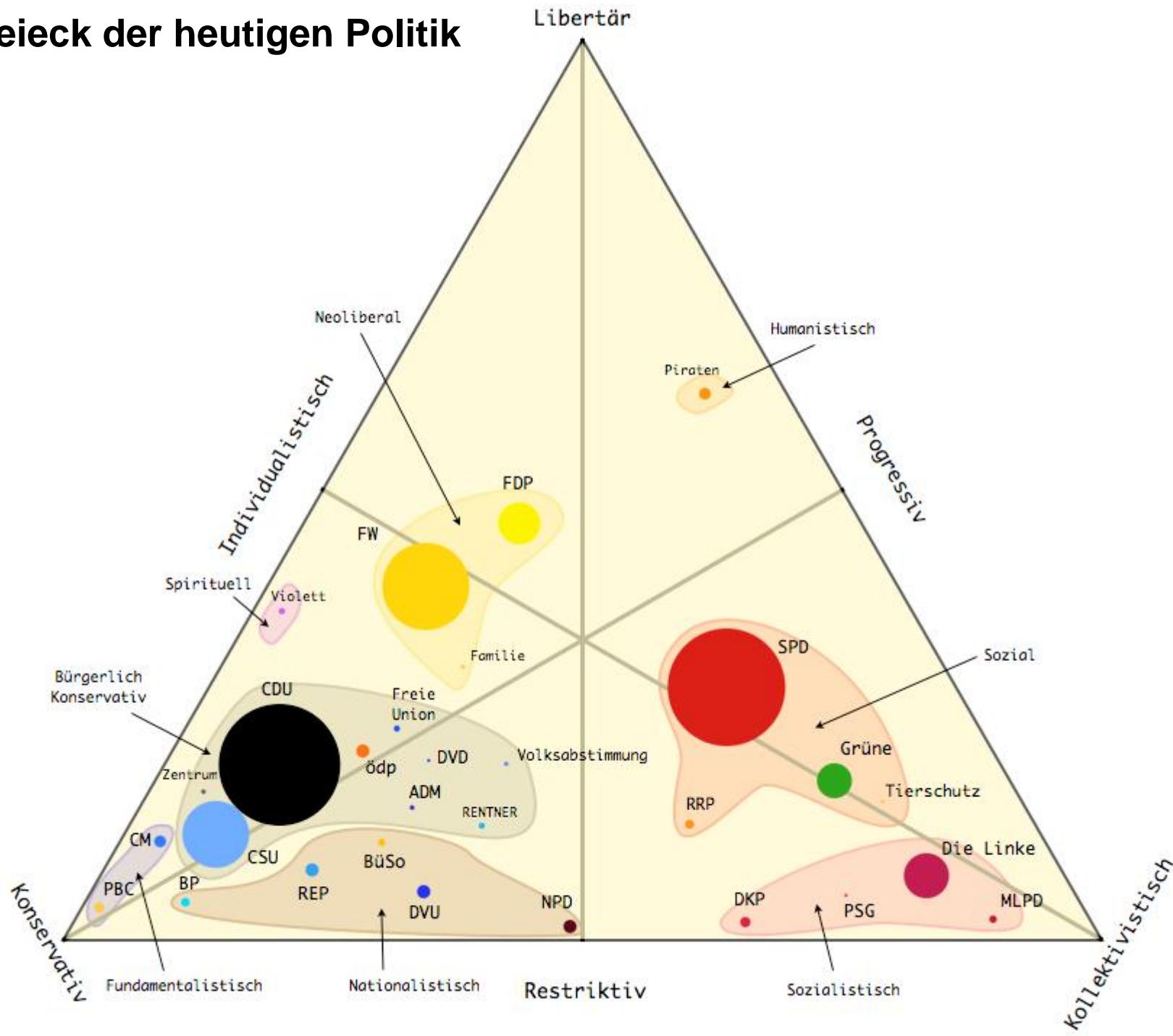
Honigtopf für Landärzte

Sterbehilfe?

Abtreibung?

Bioethik?

Wertedreieck der heutigen Politik





**ES IST NICHT MEHR ZEITGEMÄß EINE MÜNDIGE
MINDERHEIT LÄNGER ZU BEVORMUNDEN,
WEIL DER REST NOCH NICHT REIF FÜR DIE FREIHEIT IST!**

JOHANNES PAUL
1. VORSITZENDE DES RV ANHALT-SALZLAND